

November 2020

Krah



Report

European
Migration

**Brüssel vernichtet
deutsches Steuergeld**

**„Nord Stream 2“ muss
abgeschlossen werden!**

**Bedrohung:
NEUER Migrationspakt**





Mitglied

Ausschuss für internationalen Handel
Delegation für die Beziehungen zu
den Vereinigten Staaten

Stellvertreter

Ausschuss für Wirtschaft und Währung
Ausschuss für Verkehr und Tourismus
Ausschuss für regionale Entwicklung
Sonderausschuss zu künstlicher
Intelligenz im digitalen Zeitalter
Delegation in der Parlamentarischen
Versammlung EURO-NEST

Stv. Delegationsvorsitzender

**Betreuung der AfD-Landesverbände
Sachsen, Sachsen-Anhalt**

Dr. Maximilian Krahl

Maximilian Krahl, geboren am 28.01.1977 in Räckelwitz bei Bautzen, aufgewachsen in Dresden. Einschulung 1983, Abitur am Kreuzgymnasium 1995, anschließend Wehrdienst und Jurastudium in Dresden. Erstes und zweites juristisches Staatsexamen, Promotion zum Dr. iur. Zudem postgraduales Studium der Betriebswirtschaftslehre an der Columbia University in New York und der London Business School, Abschluss als Master of Business Administration. Als Rechtsanwalt zugelassen seit 2005, zahlreiche Mandate als Aufsichts- und Stiftungsrat, u. a. in Österreich, Lettland, Schweiz.

Dr. Krahl war ab 1991 Mitglied der Jungen Union und ab 1996 der CDU. Austritt und Eintritt in die AfD 2016 wegen grundsätzlicher Ablehnung der Politik der Kanzlerin, nicht nur in der Frage der Migration. Er ist stellvertretender Vorsitzender der AfD Sachsen. 2019 ins Europäische Parlament auf Listenplatz 3 der Bundesliste der AfD gewählt, stellvertretender Vorsitzender der AfD-Delegation, Mitglied im Außenhandelsausschuss.

Maximilian Krahl ist Vater von sechs Kindern, verwitwet und wieder verlobt, und lebt in Dresden und Brüssel.

www.maximilian-krahl.de

www.europarl.europa.eu
www.id-afd.eu



Mehr Realismus in der Europapolitik

Die Altparteien lassen in Brüssel jeglichen Einsatz für ihre deutschen Wähler vermissen

Die EU hat in der Corona-Krise gezeigt, dass sie überflüssig ist. Als es ernst wurde, haben die Nationalstaaten gehandelt. Und auch nur, weil es nationalstaatlich angeordnete Maßnahmen waren, wurden sie von den Bürgern, allen Zweifeln zum Trotz, akzeptiert. Wer lässt sich schon von der EU das Ausgehen verbieten?

Wer nun hoffte, dieser Praxistest würde zu einem Umdenken der EU-süchtigen Politiker führen, wird enttäuscht. Wie zu erwarten war, passen die Vertreter der etablierten Parteien nicht ihre Politik der Realität an, sondern versuchen sich im Gegenteil. Ihre Lösung: so viel Geld und Macht nach Brüssel transferieren, dass es in Zukunft auch klappt, wenn es ernst wird. So gibt es jetzt nicht nur einen „Green Deal“, der den CO₂-Ausstoß auf Null reduzieren soll und damit unter anderem das Ende der deutschen Automobilindustrie bringen wird, sondern auch ein „Recovery-Programm“, um die ökonomischen Folgen der Corona-Maßnahmen in den Griff zu bekommen. Dieses ist 750 Milliarden Euro schwer, Deutschland zahlt davon über 185 Milliarden, also den Löwenanteil, und bekommt gerade einmal knapp 52 Milliarden raus. Das ist die EU: Deutschland macht Geschenke. **So wenig wie der „Green Deal“ Wohlstand schaffen wird, so wenig wird auch**

der „Recovery-Fund“ ökonomische Impulse setzen. Dazu sind beide viel zu sehr mit linker Ideologie beladen und durch Bürokratie geformt. Auch das ist die EU: Das von Deutschland geschenkte Geld wird für linken Unsinn verschwendet. Margaret Thatcher sagte einmal über die damalige Europäische Gemeinschaft, sie werde so lange existieren, „bis den Deutschen das Geld ausgeht“. Dem Ziel bringen uns Merkel & Co. in Windeseile näher: Schon heute ist das mittlere Haushaltsvermögen in Deutschland das niedrigste aller Euro-Länder, dafür ist bei uns die Steuerlast am höchsten. Würde Italien eine 20-prozentige Vermögensabgabe einführen, wären die Italiener immer noch wohlhabender und würden niedrigere Steuern zahlen als die Deutschen. Solidarität in der EU heißt: Die Ärmeren finanzieren die Reichen.

Deutsche Politiker sind überzeugt, dass Deutschland schwach sein muss, damit die EU, die sie für Europa halten, erfolgreich sein kann. Also nutzen sie jede Chance, Geld und Macht aus Berlin nach Brüssel zu transferieren. Für sie ist es Staatsraison, antideutsch zu sein. Bei Linken, Grünen und Sozialdemokraten erwartet man das, aber was ich hier von Unions- und FDP-Kollegen höre, erstaunt selbst mich – und ich

bin bekanntlich desillusioniert, was die sogenannten bürgerlichen Parteien angeht. Für uns AfD-Abgeordnete bleibt die Aufgabe, der wolkigen EU-Rhetorik die Fakten entgegenzuhalten. Wir sind die Partei der harten, nüchternen, nachprüfbaren Vernunft. Wir gehen in die Sache, zeigen die Widersprüche auf und erinnern an die Verantwortung der Abgeordneten für ihre Wähler, nicht für wohlklingende Ideen. Es ist ein Bohren dicker Bretter, aber es ist der einzige Weg, wenn wir nicht darauf warten wollen, dass den Deutschen das Geld ausgeht – und wenn es erst dazu kommen muss, dann sind wir immerhin diejenigen, die vorbereitet sind. Denn eines ist sicher: Keine Katastrophe, keine Krise und kein Konflikt kann stark genug sein, um den blinden Glauben von Links über Grün bis zur Union an die allein eligmachende Kraft der EU zu erschüttern. Aber die Realität kann den Glauben der Wähler an Links über Grün bis zur Union ins Wanken bringen, wenn eine glaubwürdige, kompetente und sympathische Alternative bereitsteht. Das ist unsere Aufgabe, in Brüssel wie in Berlin.

Wir sind die Partei der harten, nüchternen, nachprüfbaren Vernunft.

Dr. Maximilian Krah

Der Green Deal

Die katastrophale Finanzpolitik von Ursula von der Leyen

1
Billion
EURO

Wenn es um das Geld der europäischen Steuerzahler geht, dann ist man es mittlerweile gewöhnt, dass in Brüssel der Geldbeutel besonders locker sitzt. Der sogenannte „European Green Deal“ ist da keine Ausnahme. Die Strategie hin zu mehr Umweltschutz und weniger CO₂-Emissionen ist ein zweifelsohne ambitioniertes Projekt. Bis 2030 sollen die Emissionen des als „Treibhausgas“ bezeichneten Stoffes um die Hälfte reduziert werden. Dafür werden kaum vorstellbare Summen an Geld mobilisiert: **Eine Billion soll der „Green Deal“ kosten. Das ist selbst für die Bürokraten in Brüssel eine hohe Summe**, zu der theoretisch jährlich weitere 260 Milliarden Euro für zusätzliche Investitionen hinzukommen sollen. Eine Billion, das ist eine Eins mit zwölf Nullen. Oder tausend Milliarden. Das muss man sich erst mal leisten können. Frau von der Leyen glaubt offensichtlich an die Leistungsfähigkeit der Arbeiter und Unternehmer zwischen Lissabon und

Helsinki, denn als zweifelsohne kluge und zumindest in Fragen der persönlichen Gewinnmaximierung auch erfahrene Person weiß sie genau: Diese Arbeiter und Unternehmer werden erwirtschaften, was sie mit zitternder Stimme als „europäische Mondlandung“ bezeichnete. **Tatsächlich hat der Deal auch unbestreitbar das Zeug dazu, genau diese gigantische europäische Wirtschaftskraft auf den Mond zu schießen.** Denn genutzt werden soll die Summe ja für die Reduzierung der Treibhausemissionen. Mit viel Geld und selbstverständlich auch etwas Druck soll ein „klimaneutraler“ Kontinent geschaffen werden – was auch immer das sein soll. In den offiziellen Verlautbarungen wird stets darauf hingewiesen, dass mit dem Geld nicht nur Investitionen in technologische Neuerungen angestrebt, sondern auch die Folgen des ökologisch korrekten Strukturwandels abgefedert werden sollen. Im Klartext wird also das politische Schweigen derjenigen



Mit viel Geld und selbstverständlich auch etwas Druck soll ein „klimaneutraler“ Kontinent geschaffen werden – was auch immer das sein soll.

Dr. Maximilian Krahl

erkauft, deren Arbeitsplatz aufgrund einer zentralen Industriesteuerung – denn nichts anderes verbirgt sich ja hinter den blumigen Worten eines „Umbaus“ – über den Jordan geht.

Aus selbstbewussten Arbeitern in den klassischen Industrien des Kontinents sollen zum Wohle der ökologischen Wende Almosenempfänger werden, die ihr Geld aus Brüssel erhalten. So kann man Loyalität natürlich auch versuchen zu erzeugen.

Ob das Ganze am Ende funktioniert, steht in den Sternen. Wohl verweist die Kommission gern auf die Stimmen nominell unabhängiger Experten, die im Umbau der Wirtschaft eine Chance für die Zukunft des Kontinents sehen und von denen sie sich hat beraten lassen. Mit Beratern kennt sich Frau von der Leyen ja sehr gut aus, wie wir seit der unseligen Affäre in der Bundeswehr wissen.

Nach welchen Kriterien diese Berater aber ausgesucht wurden, ist undurchsichtig. Genauso wie die Vergabekriterien der Fördergelder. Oder der Nutzen des „Green Deals“. So bleibt am Ende mehr als nur ein schaler Nachgeschmack. Es werden ein paar Absichtserklärungen auf den Weg gebracht und eine Rekordsumme an Geld wird über die üblichen undurchsichtigen Kontinente ausgeschüttet. Versprochen werden dafür unter anderem „bessere Wasser-, Luft- und Bodenqualität“ ganz so, als hätten wir hier in den letzten Jahren europaweit die Luftwerte eines Slums in Bangladesch und Wasser in allen synthetischen Farben der Chemieindustrie. Die Wahrheit ist, dass Europa bereits jetzt globaler Spitzenreiter im Umweltschutz ist. Nirgendwo wird so viel recycelt, getestet und geprüft wie bei uns und dennoch sind wir immer noch der leistungsfähigste Wirtschaftsraum der Erde. Aber unser Wohlstand und damit auch unsere Fähigkeit, langfristig mehr für die

Umwelt zu tun, ist bedroht und zwar genau durch eine europäische Bürokratie, die keine Probleme darin sieht, eine unglaubliche Zahl mit zwölf Nullen dahinter in ein undurchsichtiges Projekt zu stecken. Glücklicherweise gibt es im europäischen Parlament eine Opposition zu dieser spezifischen Form der Zahlenmagie. Nämlich uns und unsere Europäischen Partner. **Gemeinsam werden wir als Fraktion den Finger unermüdlich in die zahllosen Wunden dieses Projekts legen,** und am Ende werden wir sehen, wer da seinen persönlichen „Mann auf dem Mond“-Moment hat. Das verspreche ich.



Der Covid-19-Recovery-Fund

**Die Wirtschaft –
erst von den Politikern
zerstört, dann von den
Politikern mit unserem
Steuergeld gerettet**

Als Deutsche und als Europäer sind wir von der EU mittlerweile gebrochene Versprechen gewöhnt. Selten aber war dies so augenfällig wie bei der Verabschiedung des sogenannten „European Recovery Fund“ – des europäischen Wiederaufbaufonds.

Wie das bei gebrochenen Versprechen so üblich ist, hat man eine auf den ersten Blick gute Ausrede präsentiert: Die durch die Covid-19-Epidemie verursachte Wirtschaftskrise habe die gesamte Union so hart getroffen, dass nur eine gemeinsame wirtschaftliche Antwort mit einem der größten Stimuluspakete, die der Planet je gesehen hat, helfen würde. Nur damit, so das Narrativ, ließe sich eine Rekordarbeitslosigkeit verhindern.

Dieses hehre Ziel ist dann auch das gebrochene Versprechen, es gäbe keine gemeinsame Schuldenhaftung, wert. Denn erstmals in der Geschichte der Europäischen Union soll sich diese als Ganzes an den Kapitalmärkten verschulden dürfen. Ein Tabubruch, an den wir uns irgendwie aber auch schon gewöhnt haben. Denn es ist ja nicht das erste Mal, dass nur schwer rückgängig zu machende Schritte hin zu einer Fiskalunion durch die Hintertür eingeführt werden. Spätestens seit der Verabschiedung des Fiskalpakts 2011 kommt – man erinnere sich nur an die Schlagworte Griechenlandrettung und Rettungsschirm – etwas, gegen das sich unsere Partei seit ihrer Gründung wehrt: die vollständige Umwandlung einer Wirtschaftsunion in die Vorform eines Bundesstaats. Um es mit Bismarck zu sagen, soll hier eine Einheit durch Zins und Zinseszins entstehen. Nicht nur für die Gründerväter der AfD eine Schreckensvorstellung. Denn diesem Zusammenfügen durch die Macht des Geldbeutels steht ja auf der anderen Seite ein immer noch schwaches Gemeinschaftsgefühl entgegen. Für viele Mitglieder der Union ist Brüssel vor allem ein unergründliches Organ der Rechtssetzung und Fördermittelausschüttung. Nicht der Glaube an ein europäisches Projekt hält viele Politiker in allen Mitgliedsstaaten zusammen, sondern die Hoffnung auf Fördergelder, und genau diesem Ansatz wird nun auf verheerende

Art Vorschub geleistet. Künftig also gemeinsame Schulden, die im Zweifel „die von drüben“ zurückzahlen? Offiziell nicht, angeblich ist in Bezug auf die Haftung vorgesehen, dass jedes Land nur mit seinem Anteil am Wiederaufbaufonds haftet. Aber wie soll das praktisch aussehen? Der Gläubiger kann sich dann bis zu einer gewissen Höhe beim Land X befriedigen, aber für den Rest muss er dann auf Land Y warten? Das würde das Prinzip der gemeinsamen Schuldenaufnahme ad absurdum führen. Selbstverständlich ist es vor allem die hohe Wirtschaftskraft der Nettozahler, die diese Verschuldung überhaupt möglich machen wird, und diejenigen, bei denen sich der Kontinent über gemeinsame Anleihen an den Kapitalmärkten verschuldet, werden einen Teufel tun, sich im gegebenen Fall an die wirtschaftsschwachen Staaten zu wenden. Es ist also eine Augenwischerei zu glauben, Deutschland würde im Zweifel „lediglich“ für 27,5 % der angestrebten Summe haften, was für sich allein bereits 202,5 Milliarden Euro wären.

Lediglich den etwas härteren Verhandlungsweisen der Österreicher, Dänen, Finnen, Schweden und Niederländern ist es zu verdanken, dass wenigstens etwas weniger als die Hälfte des Gesamttopfes von 750 Milliarden Euro als Kredite an die Mitgliedsstaaten ausgegeben werden und „nur“ 390 Milliarden Euro als Zuschüsse.

Beim Blick auf den sogenannten Wiederaufbaufonds verdichtet sich der Eindruck, in einen endlosen Abgrund aus Nullen zu blicken. Summen, die mittlerweile kaum mehr ein Mensch überschauen kann, werden aufgerufen, um eine Rezession in einem Europa zu bekämpfen, in dem sich immer noch die Mehrheit der Bürger nicht in erster Linie als Europäer begreift. Als würde man in Brüssel die Gelegenheit dieser globalen Pandemie wahrnehmen, um endlich die Loyalität der einzelnen Franzosen, Schweden, Polen und aller anderen in dieser Union einzukaufen. Gießkannengeld gegen abgedeckten Kurs- und Produktionssturz sozusagen. Dabei ist die Wirksamkeit solcher Wiederaufbaumaß-

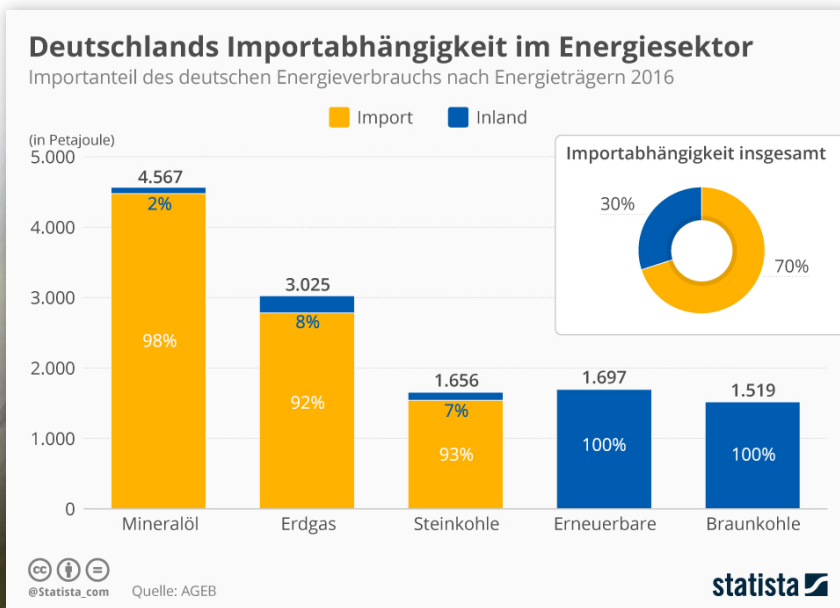
nahmen nicht unumstritten, falsch eingesetzt, können sie Wirtschaftskrisen sogar teils deutlich verlängern. Das ist beispielsweise dann der Fall, wenn etwa in den betroffenen Betrieben und Industriezweigen der Zugriff auf öffentliche Gelder interessanter ist als die Reform eines möglicherweise ohnehin unrentablen Betriebs. **Bisher haben für solche verfehlten Wirtschaftshilfen mehrheitlich die einzelnen Mitgliedsstaaten gehaftet – künftig sitzen wir alle in einem Boot, selbst wenn einige vielleicht lieber ein neues Loch ins Boot schlagen, als gemeinsam das Wasser herauszupumpen.**



Künftig sitzen wir alle in einem Boot

Dr. Maximilian Krah

**1,2
Billionen
EURO**



Nord Stream



*Ohne „Nord Stream 2“
steht die Energiesicherheit
Deutschlands und ganz
Europas auf dem Spiel.*

Dr. Maximilian Krah

In jüngster Zeit versuchen interessierte Kreise mit immer größerer Vehemenz, das große Energieprojekt „Nord Stream 2“ doch noch zu verhindern. So haben einige US-Senatoren dem Sassnitzer Hafen mit „wirtschaftlicher Vernichtung“ und persönlichen Sanktionen gegen das Management gedroht. In dem Fährhafen auf Rügen werden Stahlrohre für die Ostseepipeline gelagert. Die Vernichtungsdrohungen amerikanischer Senatoren gegen den Sassnitzer Hafen sind völlig inakzeptabel. So geht man nicht mit Verbündeten um. Das ist vielmehr die Sprache von Besatzern. Wir sind aber ein souveräner Staat. Sollte man das in Washington vergessen haben, wäre es geboten, wenn Kanzlerin Merkel die US-Administration daran erinnern würde, etwa indem sie endlich die Russlandsanktionen aufhebt. **Es ist anmaßend, wenn sich die USA in unsere Angelegenheiten einmischen, die sie nichts angehen.** Ohne „Nord Stream 2“ steht die Energiesicherheit Deutschlands und ganz Europas auf dem Spiel. Der Verzicht auf das Projekt steht für uns nicht zur Debatte. Dies hindert jedoch Politiker der Kartellparteien nicht daran, das Vorhaben doch noch zu stoppen. Nun wird auch die mutmaßliche Vergiftung des

Nord Stream 2 erhalten!

**Dieses wichtige
Projekt darf nicht
antirussischen
Reflexen geopfert
werden!**

am 2

Kremlkritikers Alexej Nawalny ins Spiel gebracht, um ein Ende von „Nord Stream 2“ zu fordern. Dafür haben wir kein Verständnis. Noch ehe überhaupt Beweise geliefert werden, scheint der Schuldige an der Vergiftung Nawalnys bereits ausgemacht zu sein: Russland. Offenbar sind einige Politiker mental im Kalten Krieg hängengeblieben und leben ihre antirussischen Ressentiments aus, sobald sich hierzu die Gelegenheit bietet. So kann man keine seriöse Außenpolitik gestalten. Ob die Anschuldigungen gegen den Kreml plausibel sind, darf zumindest bezweifelt werden, denn die nun laut zu vernehmenden und von vornherein zu erwartenden Forderungen nach schärferen Sanktionen und einem Stopp von „Nord Stream 2“ sind nicht im Interesse Moskaus, aber auch nicht in unserem. **Wir verbitten uns fremde Einflüsse auf europäische Wirtschaftsentscheidungen gegen unseren Willen.**



Hintergrundwissen Nord Stream 2

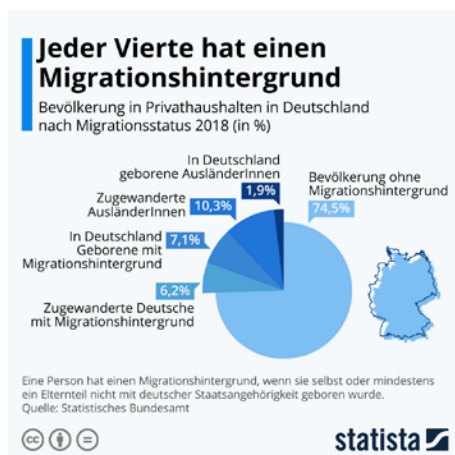
Die Trasse verläuft weitgehend parallel zur ersten Nord-Stream-Pipeline. Die beiden neuen Stränge sollen 55 Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr zusätzlich in das Gebiet der Europäischen Union leiten. Das Investitionsvolumen für den Bau dieser Gasleitung in der Ostsee wird die Summe von 7,4 Mrd. Euro übersteigen, die für die bereits betriebene Leitung aufgewendet wurde. Es wird auf etwa 8 Milliarden Euro veranschlagt. Weitere Untersuchungen und technische Planungen waren bis Mitte 2017, Umweltverträglichkeitsprüfungen und Genehmigungen bis Ende 2017 vorgesehen. Nach den erforderlichen Genehmigungen deutscher Behörden begann Nord Stream 2 Mitte Mai 2018 mit den Offshore-Bauarbeiten im deutschen Bereich (Greifswalder Bodden). Der Bau der zwei neuen Rohrleitungen sollte ursprünglich laut den Plänen der Betreibergesellschaft bis Ende 2019 fertiggestellt werden, was jedoch nicht eingehalten werden konnte – im Dezember 2019 setzte Allseas die Rohrverlegung in Wassertiefen von 30 Metern und mehr mit den Schiffen „Pioneering Spirit“ und „Solitaire“ aufgrund von Sanktionsandrohungen der USA aus. Zu diesem Zeitpunkt fehlten noch rund 150 km der beiden Röhren.

Anfang Mai 2020 erreichte das russische Verlegeschiff „Akademik Cherskiy“ nach Überführung aus dem Hafen Nachodka am Japanischen Meer das Seegebiet östlich von Rügen mit dem Ziel, die fehlenden 150 Kilometer der Pipeline südöstlich von Bornholm zu verlegen. Nach einem Antrag der Nord Stream 2 AG Anfang Juni 2020 stimmte die dänische Behörde am 6. Juli prinzipiell zu. Es wurde mit Einwänden gegen den Einsatz von Ankern bei den Verlegeschiffen während der vierwöchigen Einspruchsfrist gerechnet, denn das Seegebiet gilt als Laichplatz des Dorsch.

Quelle: Wikipedia

Dieses EU-Dokument hat es in sich!

Ein neuer Pakt bedroht Europa!



In einem Dokument, das Ende September dieses Jahres veröffentlicht wurde, empfiehlt die EU-Kommission den Mitgliedsstaaten „legale Migrationswege“ für Migranten nach Europa zu schaffen.

Mehr noch: Die Migranten sollen nicht bloß vorübergehend Schutz bekommen, sondern dauerhaft angesiedelt werden. Dies sei eine „moralische Pflicht“ – die ewige Nummer mit dem schlechten Gewissen!

Konkret heißt es in der Empfehlung der Kommission: „Die Zahl der Flüchtlinge und anderer Personen, die internationalen Schutz benötigen, nimmt weltweit zu. Daher muss die Fähigkeit der Union gestärkt werden, ihrer moralischen Pflicht zu wirksamer Hilfeleistung nachzukommen. Alle Mitgliedsstaaten sollten sich an den gemeinsamen Bemühungen der Union beteiligen, all jenen, die internationalen Schutz benötigen, ihre Solidarität zu zeigen, indem sie legale Zugangswege in die Union anbieten und die Schutzzonen außerhalb der Union ausweiten.“

Deshalb müssten die EU-Staaten „einen Beitrag zu internationalen Initiativen zur Neuansiedlung (Resettlement) und Aufnahme aus humanitären Gründen sowie zu einem besseren allgemeinen Migrationsmanagement leisten.“

Und weiter: „Die Neuansiedlung ist zudem ein zentraler Bestandteil der Asyl- und Migrationspolitik der Union, da sie Schutzbedürftigen sichere, legale Zugangswege bietet und zur Rettung von Menschenleben, zur Verringerung der irregulären Migration sowie zur Bekämpfung des Geschäftsmodells von Schleusernetzen beiträgt. Die Neuansiedlung ist darüber hinaus ein wichtiger und integraler Bestandteil eines umfassenden Migrationskonzepts, wenn es darum geht, Partnerländer in das gesamte Spektrum der Migrationspolitik einzubeziehen.“

Es geht hierbei um Menschenmassen in Millionenhöhe: „Der UNHCR hat bestätigt, dass der weltweite Resettlement-Bedarf mit 1,44 Millionen Schutzbedürftigen im Jahr 2020 nach wie vor hoch ist. Diese Zahl dürfte in den kommenden Jahren weiter steigen.“



Dr. Gunnar Beck MdEP

„Die EU-Kommission plant, die Grenze zwischen Flüchtlingen und Wirtschafts- bzw. anderen Migranten und damit zwischen legaler und illegaler Migration weiter auszuhöhlen. Außerdem soll nun die Genfer Flüchtlingskonvention selbst durch die Hintertür ausgehebelt werden, indem Flüchtlinge, die sich bereits in sicheren Drittstaaten aufhalten, in denen sie nach Art. 31 GFK auch zeitweiligen internationalen Schutz beantragen sollen, auf Kosten der europäischen Steuerzahler in die EU umgesiedelt werden sollen. So werden zudem weitere Anreize geschaffen, dass sich Migranten fortan in noch höherem Maße direkt auf den Weg in die EU machen. Schließlich sieht das geltende Völkerrecht keine Ansiedlung selbst legaler Migranten vor, sondern nur die Gewährung temporären Schutzes. Die EU-Kommission spricht hingegen von Um- und Neuansiedlung. **Migranten sollen also nicht nur geschützt, sondern gezielt in Europa angesiedelt werden.** Der EU-Migrationspakt ist kein Not- oder Schutzprogramm, sondern ein langfristig angelegter Siedlungsplan.“

„Das ist ein Versuch, den zunehmenden Bevölkerungsaustausch unter dem Deckmantel der vermeintlichen Hilfsbereitschaft und Nächstenliebe weiter zu forcieren. Dass das Hauptproblem in diesem Zusammenhang, die Überbevölkerung in weiten Teilen Afrikas sowie in Teilen Asiens, nicht einmal angesprochen und demzufolge überhaupt als solches anerkannt wird, zeigt, dass die EU-Kommission kein Interesse an einer langfristigen Lösung des Migrationsproblems hat.“



Bernhard Zimniok MdEP

„Die angeblich moralische Pflicht zur Ansiedlung, die man uns hier unterjubeln will, ist nichts anderes als der Versuch, mit einem europäischen Schuld kult die Migrationskrise zu verschärfen. Das ist nicht nur übergriffig, es ist auch hinterhältig und bösartig. Anders kann man das nicht mehr nennen.“

Dr. Maximilian Krah MdEP



DER EU-MIGRATIONSPAKT – EIN PAKT ZUR ÜBERFLUTUNG EUROPAS

Der von der Europäischen Kommission am 23. September 2020 vorgestellte Asyl- und Migrationspakt ebnet einer Politik der Massenmigration den Weg. Das wäre das Ende des europäischen Sozialstaats, der europäischen Nationen und der europäischen Kulturen.

DAS „RECHT AUF MIGRATION“

Mit dem Migrationspakt wollen die technokratischen Eliten in Brüssel das umsetzen, was im Global Compact for Migration im Dezember 2018 verkündet wurde: das „Recht auf Migration“ für jeden. Damit endet auch das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

KOLONISIERUNG DURCH EINWANDERUNG

Unter dem Vorwand, „die Sicherheit von Migranten zu verbessern“, will der EU-Migrationspakt die rechtlichen, logistischen und politischen Voraussetzungen für eine Massenansiedlung von Menschen aus Entwicklungsländern in Europa schaffen. Die Sicherheit der einheimischen Bevölkerung zählt nicht. Europa soll überflutet, kolonisiert und destabilisiert werden. Das wäre das Ende der europäischen Nationen und Kulturen.

GEPLANTE ÜBERFLUTUNG

Der Migrationspakt wurde hinter verschlossenen Türen in Brüssel entworfen. Weitgehend verheimlicht und ohne Mitspracherecht der betroffenen Bürger wird im Migrationspakt die demografische Transformation (umgangssprachlich: Bevölkerungsaustausch) unseres Kontinents vorbereitet.

DER EU-MIGRATIONSPAKT HAT DREI SÄULEN:

1 – EINWANDERUNG FÖRDERN!

Wirkliche Flüchtlinge werden mit Wirtschaftsmigranten gleichgesetzt – und damit legale mit illegaler Einwanderung; Die Familienzusammenführung wird ausgedehnt, das Chartern von Booten und Flugzeugen zum Zwecke der Migration von der EU logistisch unterstützt; gleichzeitig sollen jene angeblich humanitären Organisationen, die selbst Teil der illegalen Schlepperindustrie sind, „entkriminalisiert“ werden!

2 – ERSCHWERUNG VON ABSCHIEBUNGEN!

Auch illegale Migranten sollen bei Überschreitung der Abschiebefristen automatisch Aufenthaltsgenehmigungen erhalten; auf See eingesammelte Migranten werden zwingend in die EU verbracht; Maßnahmen, z. B. Sanktionen, die Herkunftsländer zur Rücknahme ihrer Landsleute anhalten, sollen verboten werden.

3 – ZWANGSWEISE ANSIEDLUNG!

Migranten sollen zwangsweise in allen EU-Mitgliedsstaaten angesiedelt werden, nach einem Verteilungsschlüssel anhand von Bevölkerungsgröße und BIP; Kranken, Familienangehörigen und Minderjährigen unter 12 Jahren wird die sofortige Einreise gestattet.

ALL DIES WÜRDEN ZU NOCH MEHR MIGRATION NACH EUROPA FÜHREN. ES WÄRE DER SELBSTMORD EUROPAS!

Dieser Pakt muss gestoppt werden!

Mit ihrer Gesetzgebung zur Grenzkontrolle hat die EU hat die Schlüssel zum Haus Europa. Nun öffnet sie ohne unsere Zustimmung die Türen und bittet die Welt, zu kommen und zu bleiben. Wir müssen uns diesen Schlüssel zurückholen. Andernfalls werden wir überrannt und letztlich heimatlos!

DIE SCHWEDISCHE SOZIALISTIN UND EU-INNENKOMMISSARIN YLVA JOHANSSON SAGTE AM 24. SEPTEMBER 2020, WOHIN DIE REISE GEHEN SOLL:

„Wir müssen neue Wege für legale Einwanderung schaffen. Nicht nur für qualifizierte Arbeitskräfte, sondern auch für durchschnittlich oder gering qualifizierte Arbeitskräfte, die in die Europäische Union kommen wollen ...“

DIE UNMITTELBAREN FOLGEN DES PAKTS

In den nächsten Jahren könnten sich 68 Millionen Migranten auf den Weg nach Europa machen, ein Großteil davon aus Entwicklungsländern.

DIE FOLGEN WÄREN:

- Der Zusammenbruch unserer Sozialsysteme;
- der Niedergang unserer europäischen Kulturen und Zivilisationen mit
- ihren eigenen Werten und Lebensweisen;
- der Aufstieg von Parallelgesellschaften und No-go-Areas in ganz Europa;
- Massenarbeitslosigkeit und eine Verschärfung der Immobilienkrise;
- steigende Kriminalität und Konflikte;
- das weitere Vordringen des radikalen Islam und eine europaweite Terrorwelle.

DER MIGRATIONSPAKT

... IST ANTIDEMOKRATISCH:

Er wird hinter dem Rücken und gegen den Willen der europäischen Völker beschlossen.

... FUSST AUF EINER FALSCHEN ERZÄHLUNG:

Massenmigration war nie vorteilhaft für die Gesellschaften der Zielländer; sie ist keine Antwort auf eine alternde Bevölkerung; und sie ist nicht „normal“: normal ist für 99,5 % der Weltbevölkerung das Sesshafte.

... IST UNUMKEHRBAR:

Diese Massenmigration soll Menschen ansiedeln, die in Europa bleiben sollen.

... IST ZERSTÖRERISCH:

Die enorme Anzahl der Migranten wird das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Gefüge unserer Nationen zerstören, das über Tausende von Jahren von Europäern geschaffen wurde.

HELFEN SIE UNS, DEN MIGRATIONSPAKT ZU VERHINDERN!

Hier finden Sie den Originaltext:



Weitere Infos unter:
www.saveurope.de

Das Video zu dieser
Rede finden Sie hier:



EUROPA-Rede in Stuttgart am 2. Oktober 2020

**Demokratie.
Identität.
Wir.**

Oft sprechen wir von einem Demokratieproblem, wenn wir von der Europäischen Union sprechen, und wir haben dafür ja auch unsere Gründe. Wenn Sie hier in Stuttgart ein Fahrverbot für Dieselfahrzeuge bekommen, dann können Sie sich zwar bei Ihrem Landtagsabgeordneten oder Ihrem Bürgermeister beschweren – aber das wird Ihnen nichts nützen. Denn das Dieselfahrverbot beruht auf einem europäischen Grenzwert! Die Hoheit darüber liegt also nicht hier oder in Berlin, sondern in Brüssel oder Straßburg.

Wenn wir hier also von Demokratie oder besser ihrer Abwesenheit sprechen, dann stellt sich zunächst die Frage: Wer ist denn in Europa der Demos? Demokratie ist die Herrschaft des Volkes, aber welches Volk herrscht? Nach den Europäischen Verträgen sind das gleich mehrere, nämlich die staatstragenden Völker der Mitgliedsstaaten – und zwar gemeinsam und gleichzeitig getrennt. Denn ein europäisches Volk gibt es aber ja nun nicht. Denn das ist der große Unterschied zwischen Volk und Bevölkerung, dass sich ein Volk durch ein gemeinsames Bewusstsein konstituiert, vielleicht sogar durch eine gemeinsame Ethnie – was wir hier nicht vertiefen wollen, sonst bringen wir die Arbeitsgruppe Verfassungsschutz in schwere Bedenken. Ich bestreite jedenfalls, dass es ein gemeinsames politisches Bewusstsein der Europäer gibt, offensichtlich gibt es das schon deshalb nicht, weil es keine

gemeinsame europäische Öffentlichkeit gibt. Die gehört aber zu einer Demokratie dazu, nur eine Öffentlichkeit mit den dazugehörigen Medien kann einer Regierung und ihren Instanzen – die immer zur Mausehelei neigen – entgegentreten. Aber allein schon aus Sprachgründen habe ich diese nicht. Insofern ist die Vorstellung einer Demokratie mit einem gemeinsamen Demos aller Europäer überhaupt nicht aufrechtzuerhalten. Es gibt einen solchen Demos nicht und deswegen kann es auch keine europäische Demokratie geben. Jedenfalls nicht in dem Sinne, dass ein Volk seine Angelegenheit selber regelt. Denn es regeln immer andere mit – ob gewollt oder nicht.

Das ist im Übrigen noch aus einem zweiten Grund der Fall, und das ist die schiere Mathematik. Wenn Sie in Stuttgart etwas regeln wollen, dann wenden Sie sich in der Regel an Ihren nächsten Stadtrat. Auch einen Landtags- oder Bundestagsabgeordneten zu finden, dürfte nicht zu schwer sein. Für das Europäische Parlament sieht das schon schlechter aus, da gibt es nicht so viele Abgeordnete – etwa 100 für ganz Deutschland. Die müssen sich zwangsläufig auch weniger bei sich zu Hause aufhalten wo die Probleme sind, sondern halten sich überwiegend da auf, wo die Institutionen sind und wo diese dann ungeschoren und ungeschützt dem Einfluss der Lobbyisten und den sonstigen Vertretern des Hofstaates der Machtzentrale ausgesetzt sind. Insofern ist ein großer Raum häufig verbunden mit einer defizitären Demokratie.

Neben diesen bekannten Aspekten der mangelhaften demokratischen Legitimation der Europäischen Union gibt es aber noch eine weitere problematische Entwicklung und die hat etwas damit zu tun, wie sich unser Grundrechtsverständnis gewandelt hat. In den Niederlanden hat der Oberste Gerichtshof entschieden, dass es in Zukunft ein Tempolimit auf den Autobahnen von 110 km/h geben muss. Der Grund dafür: Bürger haben geklagt, dass der Klimawandel ihre individuelle Zukunft bedrohe. Dem gab der Gerichtshof statt. Stellen Sie sich vor, Sie wären Niederländer und würden mehrheitlich eine Partei wählen, die für freie Fahrt für freie Bürger eintreten würde: Sie hätten keine Chance mehr, sich mit Ihrer Meinung legal und auf demokratischem Wege durchzusetzen.

Eigentlich sind unsere Grundrechte Abwehrrechte; sie schützen uns. Sie geben uns einen Raum der Freiheit gegen staatliche Zumutungen. Genauso war das Grundgesetz auch konzipiert. Mittlerweile werden die Grundrechte aber als ein Wertesystem verstanden. Die Grundrechte konstituieren eine objektive Werteordnung, und der Staat ist gehalten, diese Werteordnung durch Interpretation und aktive Politik in Ihr Leben zu implementieren. Der Auftrag, die Menschenwürde zu schützen, ist also nicht nur das vor die Klammer gezogene philosophische Substrat der einzelnen Freiheiten, sondern ist ein Gestaltungsauftrag zur Veränderung der Gesellschaft.

Eine gefährliche Entwicklung und ein Erbe des ausgehenden zwanzigsten Jahrhunderts. Wir sind damit in unserer Freiheit und unserer demokratischen Mitbestimmung in die Zange genommen. Zum einen in der Übertragung von immer mehr Macht auf Ins-

Weiter auf Seite 16

tutionen, die zwar Ihr Alltagsleben beeinträchtigen, sich aber nicht demokratisch auf Sie rückkoppeln, und von einer Judikative, die sich nicht länger verpflichtet fühlt, Ihre Freiheit gegenüber staatlichen Übergriffen zu schützen, sondern die unter den Freiheitsrechten ein Ordnungsprinzip versteht, mit dem man Sie erziehen möchte. Deshalb muss unsere Antwort zurück zur Demokratie und Freiheit beide Aspekte berücksichtigen.



Wir können anfangen mit der Übertragung von immer mehr Macht auf Institutionen, die Sie nicht kennen, die Sie nicht wählen und die Ihnen im Zweifelsfall auch nichts Gutes wollen. Das heißt, wir beginnen mit der Frage des Nationalstaats. Ich war gestern zum Bürgerdialog des Europahauses in Leipzig, und man fragte vier Referenten, die Grundsatzabteilungsleiterin des Auswärtigen Amtes, die sächsische Justizministerin von den Grünen, den Vizebürgermeister der Stadt Leipzig und den Vertreter der Europäischen Kommission in Deutschland, wie sie sich denn identifizieren würden, als Leipziger, als Sachse, als Deutscher oder Europäer? So viel vorweg, es haben sich alle als Europäer identifiziert. Immerhin hat die Vertreterin des Auswärtigen Amtes, von der ich es am wenigsten erwartet hätte, gesagt, sie wäre eine deutsche Europäerin. Das Wort Deutsch kam den anderen dreien nicht über die Lippen. Wir sind Sachsen und Europäer, wir sind Leipziger und Europäer, aber deutsch war keiner! Das heißt, wir haben ein massives Problem mit der Zugehörigkeit zum Nationalstaat.

Ein Nationalstaat besteht aber nicht deshalb, weil die Leute da sind, son-

dern weil sie, und jetzt sind wir wieder beim Demos, weil sie ein gemeinsames politisches Bewusstsein haben. Die Menschen müssen sich zusammengehörig fühlen, sie müssen Volk sein, nicht Bevölkerung. Das ist außerhalb der politisch medialen Eliten, Gott sei Dank, noch der Fall. Wir wissen von allen Untersuchungen, dass zumindest die Bereitschaft, einen wesentlichen Anteil des Wohlstands über Steuern und Sozialabgaben umzuverteilen, um Schwächeren zu helfen, an der Grenze der eigenen Nationalität aufhört. Es gibt in der Regel geringen Diskussionsbedarf rund um ein Sozialsystem, wenn man weiß, es kommt den Angehörigen der eigenen Nation zugute. Sobald man darüber hinausgeht, schwindet diese Bereitschaft drastisch.

Wir müssen aber zur Kenntnis nehmen, dass die Frage, was unsere gemeinsame Identität ist, nicht mehr selbstverständlich zu beantworten ist. Allein in dieser Woche hat Jens Spahn, der sich Hoffnung macht, irgendwann Kanzler zu werden, gemeinsam mit Düzen Tekkal, einer türkischstämmigen Regisseurin, eine Identitätsdebatte in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ angestoßen. Spahn und Tekkal jedenfalls schlugen vor, die Identität des neuen Deutschlands sollen die erfolgreichen Integrationsgeschichten der Einwanderer sein. Das unterstütze ich nicht. Ich glaube, die Identifikation muss darin bestehen, dass wir zurückfinden zu den großartigen kulturellen Leistungen, die wir in unserer deutschen Geschichte haben. Ich glaube, dass Beethoven, genauso wie Goethe, immer noch die Kraft hat, auch junge Einwanderer zu begeistern. Man muss es nur wieder vermitteln. Ich bin mir auch sicher, dass jemand, der aus einem fernen Land zu uns kommt, sich lieber integriert, wenn er sich damit einreihen kann in eine Gemeinschaft, die Schiller, Goethe oder Beethoven auf ihre Denkmäler stellt, als wenn man sich untereinander erfolgreiche Integrationsgeschichten erzählt. Wir brauchen Mut zur eigenen Kultur, Mut zur eigenen Geschichte.

Es erfordert den Zugriff auf die Lehrpläne. Frei nach Schiller: „Der innere Mensch formt den äußeren Men-

sch.“ Das gilt auch für europäische Bildung: Lasst uns lieber Dostojewski oder Cervantes lesen, anstatt den Kindern irgendwelche Organigramme europäischer Institutionen beizubringen. Nur so schaffen wir das Bewusstsein, sich auch als Europäer zu benehmen und zu verhalten und nicht Untertan einer bürokratischen, anonymen Maschinerie zu sein.

Doch lassen Sie mich noch einmal zurückgreifen auf Europa: Wenn wir festgestellt haben, dass solidarisches Zusammenstehen nur im nationalen Rahmen möglich ist, dann müssen wir das auch mit Leben füllen.

Wohin soll ich denn die Macht zurückholen, wenn ich junge Leute in Chemnitz oder Berlin sehe oder Eliten auf einer Diskussion in Leipzig, die mir sagen, sie seien alles – nur keine Deutschen?

Dabei geht es doch am Ende um mehr als nur um Fahrverbote, krumme Gurken oder ein aufgeblähtes Parlament ohne Volk.

Das, was wir zu bieten haben, ist so viel mehr als dieses Klein-Klein, es ist das große Versprechen, dass wir unsere Angelegenheiten wieder selbst regeln können, und dieses Wir-regeln-es-selbst beginnt damit, dass wir wissen, wer „wir“ sind. Eben nicht eine Ansammlung von libertären Ideen und unbegrenztem Hedonismus, sondern Ideen, Musik, Kunst, Kultur und Tradition, die uns letztlich über den Alltag erhebt, die bis heute in der ganzen Welt bewundert wird, wenn das Wort „Deutschland“ erklingt. Diesem unglaublich wertvollen „Wir“ geben wir die Macht zurück, sich selbst zu regieren, und den Gliedern dieses Wirs geben wir die Freiheit, die eigene Zukunft zu bestimmen. So formt sich unter Rückgriff auf traditionelle Vorstellungen von Gerechtigkeit und Anstand eine Gesellschaft, die wieder so erfolgreich ist, wie man es von uns erwarten kann. Das ist die Basis für eine Zukunft, die ich mir für Stuttgart, für Dresden und für Hamburg wünsche.

Auszug aus der Rede am 02.10.2020 in Stuttgart

„**Die Europäische Union ist der Raum mit der niedrigsten Innovationskraft der großen Wirtschaftsräume in Bezug auf IT und künstliche Intelligenz.** Die Musik spielt in den USA und in Asien. Wir legen hier einen neuen Regulierungsvorschlag vor, der die Freiheit beschränkt, aber, und das ist mittlerweile typisch geworden, eine neue Agentur und damit neue Beamtenstellen schafft. Ich befürchte, es ist die falsche Schwerpunktsetzung. Wir können digitale Entwicklung nur dann regulieren, wenn sie überhaupt stattfindet, und unsere Regulierung muss sie fördern und darf sie nicht weiter einschränken. Wir brauchen nicht mehr Beamte, sondern mehr Forschung. **Wir brauchen nicht mehr Regulierung, sondern mehr Freiheit.** Und das gilt nicht nur für die Technik, sondern auch für die Meinung. Vor diesem Hintergrund glaube ich, dass wir wegkommen sollten von einem Gedankenspiel, das darauf basiert, jedes Lebensrisiko rechtlich fassen und für jede mögliche Gesetzesübertretung eine Agentur schaffen zu wollen, und wieder hin zu der Bereitschaft, auch Risiken aushalten zu können, weil ein Risiko eben auch immer eine Chance bietet. Eine Chance dafür, dass die Entwicklung weitergeht und Europa vielleicht seine Innovationschwäche überwindet und dafür seine Regulierungsstärke hinter sich lassen kann.“

Von den großen Wirtschaftsräumen ist die EU derjenige mit der niedrigsten Innovationskraft in Bezug auf IT und künstliche Intelligenz. Anstatt das zu ändern, wird über weitere Regulierungen nachgedacht, die die Freiheit und den Innovationsgeist beschränken und mehr Bürokratie und Beamtenstellen schaffen. Das ist die völlig falsche Schwerpunktsetzung.

Sonderausschuss zu künstlicher Intelligenz im digitalen Zeitalter

KI



Armenien

Ausschuss für internationalen Handel

Armenien wurde von der Weltbank in den Jahren 2018, 2019 und 2020 als Land mit mittlerem Einkommen/obere Einkommenskategorie eingestuft. Folglich erfüllt Armenien nicht mehr die Begünstigungskriterien des APS (APS – GPS auf Englisch, für Generalized System of Preferences).

Vor dem Hintergrund eines nun anbrechenden Krieges wird diese Einschätzung seitens der EU den Armeniern schwer schaden. Schluss damit!

„Wir bitten die Entscheidung in einigen Monaten, wenn wieder Frieden oder zumindest Waffenruhe herrscht, erneut zu prüfen, damit wir **nicht vorschnell einem Land, das eigentlich jede Solidarität der Europäer verdient, eine wichtige Entwicklungsmöglichkeit nehmen.**“

LYONN

Wien, Dresden, Nizza, Lyon, Paris
und all die Orte, die noch kommen werden.

Glaubt irgendjemand, das sei es nun gewesen?

In Wien ist ein Muslim, eingewandert aus Nordmazedonien, durch die Stadt gegangen und hat wahllos auf Menschen geschossen. Jetzt gehen natürlich die üblichen Sprechblasen wieder los: „Wir beten für Wien und verurteilen den Terror“, ja welchen Terror verurteilt ihr denn? Worum geht es denn hier genau? Ich muss zugeben, mit jedem Anschlag steigt in mir die Wut und die Ablehnung dieser immer gleichen Phrasen, die doch nur die Hilflosigkeit unserer Politiker übertünchen sollen. Wir als demokratische Rechte haben seit fünf Jahren darauf hingewiesen, was diese unkontrollierte Masseneinwanderung, was die mangelnde Kontrolle und Integration der bereits eingewanderten muslimischen Minderheiten in Europa bedeuten. Man hat nicht auf uns gehört, die Ergebnisse sehen wir jetzt.

Aber liebe Freunde, auch das gehört nun zu den gut gepflegten Irrtümern meiner eigenen politischen Mitstreiter. Es reicht nicht aus, recht zu haben, die Währung der Politik ist nicht Wahrheit, es ist Vertrauen. Wir haben vor fünf Jahren eine damals unbequeme Wahrheit geäußert, die niemand hören wollte. Aber nur deshalb, weil wir vor fünf Jahren unbequeme Wahrheiten geäußert haben, wählt uns heute keiner. Man wählt uns nur dann, wenn wir Vertrauen schaffen, und

Vertrauen schaffen wir mit einem realistischen, den tatsächlichen Gegebenheiten angepassten, überzeugenden Plan. Der Plan zu sagen, wir werfen jetzt alle Muslime, die wir in Westeuropa haben, die eingewandert sind, raus, und dann machen wir es wieder genauso schön, wie es vorher war, der ist nicht realistisch.

Es sind eben mittlerweile Millionen von Menschen da, die muslimischen Glaubens sind, sie sind sogar teilweise hier geboren, sie sind eingebürgert, und sie werden bleiben! Wenn wir es in unserer Heimat wieder sicher haben wollen, wenn wir den Terror bekämpfen wollen, dann wird es nur mit ihnen gehen und nicht ohne sie. Auch wenn das manchen anstrengend erscheint und der eine oder andere sich leichte Lösungen erhofft. Wir müssen mit den Realitäten handeln, nicht gegen sie. Und wenn wir diese Menschen dazu bringen wollen, mit uns gemeinsam gegen den Terror zu kämpfen, müssen wir als Erstes aufhören, sie als eine Einheit zu betrachten und zu bekämpfen. Deshalb ist die Antwort auf den Terrorismus kein aufgesetzter, aggressiver Laizismus französischer Prägung, der die Rhetorik eines totalen Krieges verschärft und damit letztlich auch Solidarisierungseffekte auf der Gegenseite erzeugt.

Unsere Antwort muss stattdessen eine kulturelle sein. Eine, die stark und deshalb attraktiv wirkt. Natürlich müssen wir als Erstes die Grenzen schließen und nicht noch mehr Menschen aus der muslimischen Welt einwandern lassen, denn das würde das Problem nur vergrößern. Aber dann müssen wir uns endlich klar werden, dass wir diejenigen, die schon lange hier sind, Deutschland und Europa vielleicht auch positiv gegenüberstehen, nicht mit unserer ständigen Selbstkasteiung, unserem ständigen Selbsthass und der Infragestellung unserer gesamten Kultur und Tradition überzeugen.

Wenn heute europäische Teenager in die Schule gehen, es vielleicht schon zu Hause schwer haben zu wissen, wo sie hingehören, weil sie vielleicht aus zerrütteten Verhältnissen kommen, werden sie in der Schule schließlich endgültig verunsichert. Weil sie lernen, dass unsere Kultur rassistisch, unsere Geschichte menschenverachtend und unsere gesamte Vergangenheit faschistisch ist, was auch immer das bedeuten soll. Der türkische oder der arabische Mitschüler hingegen lernt schon zu Hause eine intakte Identität kennen, und in der Schule wird ihm vorgeführt, wie wir uns selbst ständig infrage stellen. Die eigenen europäischen Lehrer, die das eigene europäi-

WIEN DRESDEN

sche Erbe schlechteden. Warum soll sich dieser muslimische Jugendliche dann integrieren? Warum soll er sich in etwas integrieren, was wir ja selbst offensichtlich für verbrecherisch, rassistisch, faschistisch, weißer Kuckuck was halten? Er wird es nicht tun, und ich würde es auch nicht tun. Wir müssen unsere eigene Identität klären, wir müssen Schluss machen mit der ständigen Selbstanklage, Schluss mit der Infragestellung. Wir müssen wieder stolz sein auf das, was wir sind, unsere Geschichte, unsere Kultur, unsere Leistung! Nur dann gibt es überhaupt einen Anreiz für diejenigen, die hinzugekommen sind, sich bei uns zu integrieren, mitzumachen und uns überhaupt auch nur zu respektieren.

Das Zweite, was wir tun müssen, ist, dass wir denjenigen, die sich auch dann noch jedem Angebot verweigern, die sich offen gegen uns stellen, mit echter Härte begegnen und nicht mit der leeren Phrase der „vollen Härte des Rechtsstaats“. Sondern mit einer Justiz, die bestraft und nicht versteht und das auch nicht will. Einer Strafe, die abgesessen wird und nicht wie im Fall des Wiener Attentäters zur Bewährung ausgesetzt wird. Wir müssen denjenigen, die an unsere Ordnung nicht glauben, die rote Karte zeigen: einsitzen und abschieben!

Diese Kombination aus einem attraktiven Angebot mit offener Hand auf der einen und einer harten, unachgiebigen Faust auf der anderen Seite wird uns einen Ausweg aus der verfahrenen Lage bringen. Nicht die Kombination aus Mohammedkarikaturen und Sozialhilfe mit extra Schokopudding.

Das, meine Damen und Herren, ist ein Plan, der die Realitäten ernst nimmt, und zwar die Realitäten der Menschen, die hier leben und der Demografie, die wir haben. Es ist ein Plan, der fair ist, weil er ein großzügiges Angebot macht, ohne Menschen zu beleidigen, zu verletzen und herabzusetzen. Und es ist ein Plan, der funktionieren würde, und zwar besser funktionieren würde als das, was die hilflosen Ge-

stalten von Grün über Sozialisten bis Christdemokraten zu bieten haben.

Seien wir also mutig und arbeiten mit der Realität. Kämpfen wir für unsere Heimat, Ihre Zukunft und flüchten uns nicht in Traumvorstellungen, man könnte die Zeit zurückdrehen und alles wieder so machen wie vor 30 oder 40 Jahren. Das können wir nicht! Gehen wir nach draußen, suchen wir neue Verbündete, lassen wir uns nicht in einen Kulturkampf hetzen. **Beteiligen wir uns nicht an Karikaturen, sondern verteidigen wir Recht und Gesetz. Respektieren wir andere, so wie wir erwarten, respektiert zu werden, und tun dies aus der Position der Stärke heraus, aus dem Wissen um das, was wir sind: stolze Deutsche und zufriedene Europäer!**

NIZZA PARIS



Demokratie Souveränität Individualität Freiheit Kultur

Wir verteidigen die Freiheit, unser christlich-abendländisches Erbe und die Souveränität der Nationalstaaten. Wir stehen für eine schlanke und starke EU, die sich auf ihre Kernkompetenzen beschränkt und nur dort handelt, wo es nötig ist. Wir streiten für ein Europa freier Vaterländer, die ihre Identität und Demokratie schützen. Entsprechend lehnen wir eine multikulturelle Migrationspolitik und offene Grenzen ab. Um all das zu erreichen, fordern wir in Brüssel und Straßburg eine sinnvolle Reform der EU.



IDENTITÄT UND DEMOKRATIE

MdEP Dr. Maximilian Krah
Europäisches Parlament
Rue Wiertz 60 – 1047 Bruxelles – Belgien
info@maximilian-krah.de

www.maximilian-krah.de
www.europarl.europa.eu
www.id-afd.eu

